

Lothar Frick

## Politische Bildung ist unverzichtbar

Im Sommer 2004 forderte der baden-württembergische Gemeindetag die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Ihr damaliger Direktor Siegfried Schiele protestierte dagegen öffentlich und fing sich daraufhin einen kühlen Brief seitens des Hauptgeschäftsführers des genannten Verbandes ein: Angesichts der Sparzwänge der öffentlichen Hand müsse nunmehr zwischen nützlichen und notwendigen Institutionen unterschieden werden. Damit war ein neues Kriterium für Überleben und Tod in Zeiten knapper Kassen geboren, und eine bewährte Einrichtung der politischen Bildung befand sich plötzlich auf der Abschussliste selbsternannter Sparkommissare.

Es ist zwar reichlich befremdlich, Begründungen dafür abliefern zu müssen, dass politische Bildung nicht nur etwas Nützliches, sondern auch etwas

dringend Notwendiges ist. Aber es führt wohl kein Weg daran vorbei, da manche Leute die Demokratie anscheinend für eine Einrichtung halten, die sich von selbst erneuert.

In den angeblich oder tatsächlich so klammen baden-württembergischen Kommunen werden Barfußpfade zum Schlammstapfen eingerichtet, millionenteure Haltestellen für nicht einmal zwanzig Stadtbahnpassagiere täglich in die Landschaft gestellt oder Fußbälle von städtischen Ämtern als WM-Werbegag in die Bäume von Einkaufsalleen gehängt. Das Freizeitvergnügen von Reisegruppen wird mit vom Steuerzahler hoch subventionierten Bahntickets gefördert. Tausende von Finanzbeamten, bezahlt von den Ländern, müssen sich damit abmühen, Abermillionen von Belegen zu kontrollieren, die Millionen von Steuerpflichtigen pflichtschuldig und verärgert zugleich sammeln, um einem Steuerrecht gerecht zu werden, das nach

Vereinfachung und Entbürokratisierung geradezu schreit. Tausende von öffentlich Bediensteten schlagen sich in Rathäusern und Behörden mit einem Personal- und Arbeitsrecht herum, das in seinen feinen Verästelungen mit seinen Tausenden Regelungen und Sonderregelungen schlichtweg nicht mehr zu durchschauen geschweige denn leistungsgerecht ist. Für solcherlei Unsinn im Quadrat – wo bleiben da die Rechnungshöfe? – stehen Milliarden zur Verfügung, einige Millionen für die politische Bildung werden dagegen von manchen für überflüssig gehalten. Manchmal stellt sich die Frage, wem da eigentlich die Wertmaßstäbe zunehmend verrutschen.

## Vorsorge für Demokratie

Eine der Begründungen, mit denen die politische Bildung heutzutage infrage gestellt wird, lautet: Die Demokratie ist stabil, also brauchen wir die politische Bildung nicht mehr. Das entspricht dem Motto:

Wer satt ist, kann mit dem Essen aufhören. Aber was, wenn man wieder Hunger bekommt?

Es ist eine seltsam verquere Sichtweise, Institutionen und Aufgaben infrage zu stellen, die ihren Zweck erfüllen: Ist etwa der Verfassungsschutz verzichtbar, weil die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland das Grundgesetz respektiert? Ist die Polizei verzichtbar, weil sich die allermeisten Menschen rechtstreu verhalten? Warum leisten wir uns Rechnungshöfe, wo doch alle öffentlich Bediensteten in der Schule Mathematikunterricht hatten? Wieso noch Fahrschulen, wenn seit Jahren die Zahl der Unfälle und Verkehrstoten abnimmt?

Vorsorge, das belegen diese Beispiele, ist ein Weisensmerkmal fortgeschritten und aufgeklärter Gesellschaften. Politische Bildung in solch einer Gesellschaft ist nichts anderes als Vorsorge für die Stabilität der Demokratie, an der uns eigentlich viel liegen müsste. Was wäre eigentlich, wenn die Demokratie nicht stabil wäre? Dann könnte man doch mit Fug und Recht sagen: Die politische Bildung erfüllt ihren Auftrag nicht, wir können auf sie verzichten. Die Stabilität der Demokratie gerade ist es, die den Erfolg der politischen Bildung ausmacht.

Natürlich kann die politische Bildung allein den Erhalt der Demokratie nicht sichern. Dazu bedarf es demokratischer politischer Parteien, der Parlamente, der unabhängigen Justiz, der Aufklärungsarbeit der Medien und politisch engagierter Bürger. Und es bedarf vor allem der Orientierung an den Werten unserer Verfassung – durch Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterricht in den Schulen, durch Seminare und Vortagsveranstaltungen, durch Bücher und andere Schriften, über moderne Medien wie das Internet, durch geeignete Foren für Austausch und Dialog. Wie, wenn nicht durch politische Bildung, sollen die Werte unserer Verfassung denn sonst vermittelt werden? Wer an der Notwendigkeit politischer Bildung zweifelt, der muss eine Antwort auf diese Frage geben. Ganzheitliche Bildung, viel beschworen und zum großen Ziel aller Bildungspolitik erklärt, ist ohne politische Bildung schlichtweg nicht denkbar.

### Einsicht in Zusammenhänge

Und Bildung, auch darüber herrscht Einigkeit, muss mehr sein als bloße Vermittlung von Wissen. „Vielwisserei lehrt nicht Verstand haben“, so Heraklit schon vor über 2500

Jahren. In die heutige Zeit übersetzt, heißt das: Es geht nicht nur um „Fakten, Fakten, Fakten“, wie es in der Werbung eines bekannten Wochenmagazins aus München heißt. Sondern es geht um Fakten ebenso wie um Zusammenhänge und um Werte. Deshalb ist politische Bildung etwas anderes als bloße Wissensvermittlung oder Häppchenjournalismus mit bunten Bildern und kleinen Kästchen als „Hintergrundinfo“. Sie schult Generalisten, also Spezialisten für die Einsicht in Zusammenhänge, und auch das macht sie notwendig und unverzichtbar, weil die Einsicht in Zusammenhänge notwendig und unverzichtbar ist, wenn zum Beispiel Entscheidungen nicht nur richtig getroffen, sondern von den Betroffenen auch richtig beurteilt werden sollen.

Junge Menschen sind heute einer Masse an Einflüssen ausgesetzt wie noch keine Generation junger Menschen vor ihnen. Deshalb wird nicht nur Bildung wichtiger, deshalb wird auch Erziehung wichtiger, ist das gelebte Vorbild von Eltern, Lehrern, Vorgesetzten, Politikern und Meinungsmaçhern dringend gefordert. Junge Leute müssen die Chance haben, zu hören und an Beispielen zu sehen, dass Preis und Wert

nicht dasselbe sind. Junge Leute müssen die Chance haben zu erfahren, dass sich der Reichtum im Leben eines Menschen und einer ganzen Gesellschaft nicht allein an Geld und Besitz bemisst. Junge Leute müssen Möglichkeiten haben zu erfahren, dass es Werte gibt, die für alle verbindlich sind und über die sich niemand hinwegsetzen darf. Und junge Menschen müssen erkennen können, wie wichtig es ist, nicht nur zwischen 10 000 Klingeltönen, sondern auch zwischen vier, sechs oder acht demokratischen Parteien unterscheiden, wählen und auswählen zu können. Solche Orientierung kann nur Bildung vermitteln – aber nur Bildung, zu der auch politische Bildung gehört.

Politische Bildung ist elementarer Bestandteil einer umfassenden und ganzheitlichen Bildung. Deshalb braucht auch sie eine Lobby, wie sie nahezu alle Bildungssparten haben. Sportvereine und Mediziner fordern zu Recht mehr Sportunterricht und mehr Sportmöglichkeiten für Kinder. Umweltverbände und Naturschützer verlangen mehr ökologische Bildung. Nicht nur die Gewerkschaften und die Wohlfahrtsverbände fordern eine verstärkte Ausrichtung des Bildungswesens

*Ein aus Zeitungsausriissen gefertigter Kopf bei der Ausstellung „Labyrinth X“ zum Thema Rassismus und Ausgrenzung, die 2005 unter anderem von der Landeszentrale für Politische Bildung in Schwerin veranstaltet wurde.*

© dpa, Foto: Jens Büttner



auf soziale Kompetenzen. Die Wirtschaft und ihre Verbände fordern mehr ökonomische Bildung, mehr naturwissenschaftlich-technischen Unterricht und frühere Fremdsprachenvermittlung. Ganz frei von Nützlichkeitserwägungen bezüglich der je eigenen Anliegen sind alle diese Forderungen natürlich nicht, doch das ist in Ordnung so. Wer aber – außer vielleicht den Einrichtungen der politischen Bildung selber – fordert mehr politische Bildung? Die Politik etwa? Davon haben die Institutionen der politischen Bildung in den letzten Jahren nicht so viel gemerkt,

vor allem nicht an ihrer Finanzausstattung. Hurra, wir leben noch. Aber wie lange noch? Bis zum Vergetieren ist es nicht mehr so weit.

### **Unabhängig statt „marktgängig“**

Dabei wäre es im ureigensten Interesse der Politik, mehr politische Bildung zu ermöglichen. Es ist sogar an der Zeit, ein neues und festeres Bündnis zwischen der Politik und der politischen Bildung zu schmieden. Die politische Bildung ist eine natürliche Verbündete der Politik, der Parlamente und der demokratischen politischen Parteien. Nicht

etwa weil sie kritiklos wäre – wäre sie das, wäre sie unglaublich –, sondern deshalb, weil sie uneigennützig und ohne Quoten- oder Auflagedruck über Politik und politische Zusammenhänge informiert. Möglich ist solche Unabhängigkeit aber nur, wenn politische Bildung mit öffentlichen Mitteln gefördert wird; „marktgängig“ ist sie allenfalls in kleinen Teilen ihres Angebots. Man muss also staatlicherseits entscheiden, ob unabhängige politische Bildung im gesellschaftlichen Interesse liegt. Das ist der sprudelnde Punkt, an dem man sich nicht vorbeimogeln kann.

Auf jeden Fall sollte das Verhältnis zwischen Politik und politischer Bildung nicht so sein wie das zwischen Winston Churchill und der Labour-Abgeordneten Bessy Smith, die für ihr überaus resolute Auftreten bekannt war. Sie hat während einer Rede Churchills im britischen Unterhaus dazwischenrufen: „Wenn Sie mein Mann wären, würde ich Ihnen Gift in den Tee tun.“ Churchill hat geantwortet: „Und wenn Sie meine Frau wären, würde ich den Tee trinken.“

### Widersprüchliche Anforderungen

Die politische Bildung ist schon deshalb eine natür-

liche Verbündete demokratischer Politiker, weil sie dabei hilft, verzerrte Bilder in der Öffentlichkeit zu korrigieren oder der Wirklichkeit wenigstens anzunähern. Die von nicht wenigen Menschen an Politikerinnen und Politiker gestellten Anforderungen ergeben in sich ein Bild der Widersprüchlichkeiten: Abgeordnete sollen finanziell unabhängig und vom großen Geld nicht verführbar sein, aber nicht mehr verdienen als das Durchschnittseinkommen, damit sie die Bodenhaftung nicht verlieren. In den Parlamenten sollen die Besten des Landes sitzen, aber gleichzeitig den Querschnitt des Staatsvolkes widerspiegeln. Der Politiker soll wissen und erklären können, was in der Welt los ist, aber bitte nicht an vom Steuerzahler finanzierten Auslandsreisen teilnehmen. In der Politik werden nach allgemeiner Überzeugung Führungskräfte gebraucht, die auch unpopuläre Entscheidungen treffen, sich aber nach genauso weit verbreiteter Auffassung ebenso nicht über die überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung hinwegsetzen sollen.

Wo die Anforderungen an Entscheidungsträger in der Politik dermaßen in Konflikt zueinander stehen, bedarf es dringend der Aufklärung und der

Information. Auch dazu ist politische Bildung notwendig. Ohne politische Bildung würde der demokratischen Politik und den demokratischen Politikerinnen und Politikern eine wichtige Unterstützerin und Partnerin fehlen.

### Krisensymptome

Aber man kann auch weniger pragmatische Gründe für die Notwendigkeit politischer Bildung ins Feld führen; man muss nur die Augen ein klein wenig aufmachen. Denn so ungefährdet und so mega-stabil, wie manche tun, sind die Demokratien dieser Welt nicht mehr.

Krisensymptome gibt es genug: Wir erleben die niedrigsten Wahlbeteiligungen aller Zeiten. Wir erleben in vielen demokratischen Ländern auf der ganzen Welt Wahlergebnisse, die auf eine Spaltung der Wählerschaften in zwei annähernd gleich große Lager hindeuten: USA 2000 mit Wahlentscheid per Gerichtsurteil, 2004 Deutschland und Österreich mit zwei fast gleich starken Lagern, hauchdünne Wahlentscheidungen in Frankreich, Italien und Tschechien, genauso in Lateinamerika wie zum Beispiel in Mexiko und Costa Rica. Viele der noch jungen Demokratien in Osteuropa zeigen sich zunehmend von autokrati-

schen und autoritären Zügen geprägt. Wir erleben Orientierungslosigkeit in einem Zeitalter der Globalisierung, in dem eigentlich nichts wichtiger ist als Orientierung. Wir erleben eine Unzufriedenheit mit der Demokratie, die auch in Deutschland so hoch ist wie nie zuvor, weil die Gleichung „Demokratie ist gleich immer mehr Wohlstand“ nicht mehr aufzugehen scheint; die höchsten Wachstumsziffern werden inzwischen meist aus Staaten vermeldet, in denen es um die Einhaltung der Menschenrechte nicht zum Allerbesten steht. Wir erleben den dramatisch gestiegenen und weiter steigenden Einfluss der Medien, oft in wenigen Händen konzentriert: auf das Meinungsbild ganzer Gesellschaften, auf die Tagesordnung, die Prioritätensetzung der Politik. Und wir erleben, dass sich viele, zu viele Menschen im weltweiten Informationsdschungel nicht mehr zurechtfinden und vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen.

### **Wunsch nach Beteiligung**

Gleichzeitig erleben wir auch das genaue Gegenteil all dessen, was auf einen Abschied der Menschen von Politik und Demokratie, auf einen Rückzug ins Private hindeutet: Es gibt

einen weiter hohen Wunsch nach Beteiligung an Entscheidungen und ihrem Zustandekommen. Es gibt viel ehrenamtliches Engagement für viele „kleine“ Anliegen und Projekte, sehr oft in der eigenen Wohngemeinde. Es gibt auch im Zeitalter der Massenmedien den Bedarf an direktem Austausch mit Politikerinnen und Politikern und geeigneten Foren dafür. Und es gibt den verbreiteten Wunsch danach, sich in der vielfältigen Medienlandschaft sicher bewegen und zu-rechtfinden zu können, danach, wichtige Informationen von unwichtigen und unbrauchbaren unterscheiden zu können. Das von den Menschen zunehmend verlangte Effizienzdenken schlägt sich auch in ihrem Alltag ganz praktisch nieder.

### **Drängende Aufgaben**

Die politische Bildung müsste also eigentlich gefragt sein wie nie zuvor. Sicher ist auf jeden Fall: Sie ist gefordert wie nie zuvor; vielleicht nicht stärker, aber anders.

Politische Bildung ist mit der Aufgabe gefordert und notwendig dafür, die so genannten „bildungsfernen Schichten“ wieder an die Demokratie und ihre Institutionen heranzuführen. Denn in diesen Schichten sind Wahlent-haltung, politische Apa-

the und leider auch anti-demokratische Ressenti-ments am weitesten ver-breitet. Aber wir können nicht einfach einen großen Teil unserer Gesellschaft für die Demokratie verlo-ren geben – sonst kommen ganz schnell ganz andere und holen diese Menschen ab.

Der Begriff „bildungs-ferne Schichten“ ist im Übrigen einer, der die Probleme ins falsche Licht setzt – als ob die gemeinten Leute in Scharen vor der Bildung davongelaufen wären. Aber es besteht eher der Eindruck, dass nicht nur die gemeinten Schichten fern der Bildung sind, sondern die Bil-dungseinrichtungen, die Bildungsvermittler und die Bildungspolitik sehr oft fern dieser Schichten sind; die politische Bil-dung ist dabei nicht aus-genommen.

Politische Bildung ist darin gefordert und not-wendig dafür, Zuwandern die Integration zu erleichtern und auch in dieser Hinsicht den Zu-sammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Einbürgerungstests hin oder her – wie soll Inte-gration in eine pluralistische Gesellschaft möglich sein ohne ein Minimum an politischer Bildung, an Grundkenntnissen über die Gesellschaft und ihre Geschichte, das Staats-wesen und die ihm zu-

grunde liegende Verfassung? Das gilt für deutsche Staatsbürger übrigens genauso: Wie soll die schon angesprochene wachsende Entfremdung auch vieler Deutscher vor allem in den einkommensschwächeren Schichten von unserer Gesellschaft und ihrer Demokratie überhaupt aufgehalten werden ohne ein Minimum an politischer Bildung?

### Langfristige Orientierung

Politik und politische Bildung haben, gerade vor dem Hintergrund der beschriebenen Phänomene, ein weiteres gemeinsames Problem: Zunehmend komplexe und schwierige Aufgaben und Herausforderungen müssen immer einfacher dargestellt werden, sollen nicht von vornherein große Teile der Bevölkerung, die sich nicht wie die Profis fast Tag und Nacht mit Politik beschäftigen können, von der Vermittlung politischer Inhalte und Themen ausgeschlossen bleiben. Die Flucht in Inszenierung und symbolische Politik, in denen die Art und Weise des Auftretens von Personen und nicht mehr die Inhalte maßgeblich sind, ersetzt leider immer häufiger die sachliche Auseinandersetzung. Dahinter steht die Hoffnung, dass beim Wahlvolk,

wenn schon keine Fakten und Zusammenhänge, so doch wenigstens der richtige Eindruck hängen bleibt. Aber Eindrücke sind flüchtig, bis zu ihrem Verfallsdatum währt es nicht lange. Menschen mit politischer Bildung orientieren sich dagegen langfristiger und lassen sich nicht von jedem inszenierten Medienereignis so einfach ins politische Bockshorn jagen.

### Qualifizierung durch Expertenwissen

Politische Bildung ist darin gefordert und notwendig dafür, in Zeiten wachsender Unzufriedenheit mit der Demokratie dafür zu werben und zu sorgen, dass die Distanz zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“ nicht noch größer wird, sondern sich wieder verringert. Gerade deshalb bedarf es auch in Zukunft erst recht der Menschen, die bereit sind, sich freiwillig, langfristig und unentgeltlich in den Dienst politischer Aufgaben zu stellen: zum Beispiel der Gemeinderäte, der Mitglieder demokratischer politischer Parteien, der Mitwirkenden in Bürgerinitiativen, Projektgruppen und Vereinen aller Art. Ohne sie fehlte das Bindeglied zwischen der professionellen Politik und der Gesellschaft.

Ehrenamtlich Tätige und freiwillig Engagierte

sind heute aber ebenso vielfältigen Situationen ausgesetzt, in denen der gesunde Menschenverstand nicht zur Beurteilung der Sachlage ausreicht, sondern schon ein gewisses Expertenwissen verlangt ist. Auch in diesem Bereich ist politische Bildung notwendig und gefordert. Mit Qualifizierungsangeboten soll dafür gesorgt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in demokratisch gewählten Gremien die Kontrolle über ihre eigenen Lebensumstände behalten können und sie nicht vollständig an hauptamtliche Profis und die ihnen zur Verfügung stehenden Stäbe und Apparate delegieren müssen, denen sie hoffnungslos unterlegen sind. Auch das entscheidet mit über die Qualität und die Bewertung von Demokratie in den Augen der Bürgerinnen und Bürger und damit über ihre Legitimationsgrundlage.

Professionalisierung der Politik darf nicht das Ausscheiden der Amateure bedeuten. Demokratie lässt sich nicht reduzieren auf die Profis der politischen Klasse in Parlamenten, Parteien, Lobbys und Medien. Die „Freizeitpolitiker“ von heute sind nicht nur die Lebensversicherung der Berufspolitiker, das Bindeglied zwischen „denen da oben“ und „uns hier un-

ten“, sondern auch die Berufspolitiker von morgen. Das macht politische Bildung notwendig, weil sie auch dafür mit qualifiziert; nicht alle, aber alle, die es wollen. Es ist wünschenswert, dass möglichst viele Berufspolitiker wieder einmal ihren eigenen Lebenslauf studieren und Revue passieren lassen: Dann würden die meisten von ihnen feststellen, dass sie ohne politische Bildung wahrscheinlich nicht oder zumindest nicht so leicht in die Ämter gekommen wären, in denen sie heute sitzen.

Und die meisten von ihnen wünschen sich sicher, aufgrund von Wahlentscheidungen in ihre Ämter gekommen zu sein, die von informierten, interessierten und mit gesundem Menschenverstand und einiger Sachkenntnis urteilenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern gefällt worden sind. So sicher kann man dieser Sache aber nicht mehr sein, was anhand eines persönlichen Erlebnisses illustriert werden kann:

Ende des Jahres 2005 fand in meiner Heimatgemeinde eine Bürgermeisterwahl statt; im zweiten Wahlgang standen sich in einer Stichwahl der Amtsinhaber und eine Gemeinderätin gegenüber. In einer örtlichen Gaststätte

studierte eine Frau mittleren Alters eine Wahlkampfanziege des Bürgermeisters, zeigte auf sein Konterfrei und sagte zu ihrem Nachbarn an der Theke: „Das ist mein Schatz. Der hat blaue Augen wie mein Roland. Den wähle ich.“ Der Bürgermeister setzte sich in der Stichwahl mit einem Vorsprung von gerade rund 140 Stimmen mit 51 zu 48 Prozent durch.

Ist es gewollt, dass künftig „die blauen Augen von Roland“ und vergleichbare völlig unpolitische Erwägungen für den Ausgang von Wahlen in wachsendem Ausmaß den Ausschlag geben? Schon gibt es Studien, die ernsthafte Zusammenhänge zwischen der optischen Attraktivität von Bewerbern um öffentliche Ämter und ihren Wahlchancen belegen. Kein Demokrat kann daran Interesse haben, schon gar nicht in Zeiten, in denen, wie schon erwähnt, Wahlen sehr oft um Haarsbreite ausgehen. Damit ist nicht gesagt, dass Wahlen künftig weniger knapp ausgehen würden oder die Menschen sich nicht von eigenen Interessen bei der Wahlentscheidung leiten lassen. Darauf aber können sich Parteien und Kandidaten noch einstellen und ihre Positionen gegebenenfalls verändern

oder anpassen. „Blaue Augen“ und Ähnliches gibt es aber nicht per Parteitagsbeschluss oder Pressemitteilung. Dafür, dass es möglichst viele politisch informierte Staatsbürger gibt, denen die Demokratie und die demokratisch Gewählten schlussendlich auch ihre Legitimation verdanken, kann man aber etwas tun – zum Beispiel die politische Bildung fördern.

Informierte Staatsbürger mögen kritischer sein als andere, vielleicht stellen sie auch mehr Fragen und erscheinen dadurch bisweilen für manchen möglicherweise sogar als lästig – aber sie sind es, die die Demokratie stabil erhalten. Staatsbürger mit Informationsdefiziten sind verführbar, und das macht sie – unbewusst – für die Demokratie gefährlich. Das Ideal des informierten, aufgeklärten, sachlich abwägenden, die Zusammenhänge kennenden und sich in die Demokratie einbringenden Staatsbürgers ist und bleibt unverzichtbar. Auch deshalb ist politische Bildung notwendig. Das heißt nicht: Es gibt zu ihr keine Alternative. Die gibt es. Aber jede denkbare Alternative ist schlechter. Demokratie ohne politische Bildung ist wie ein Meer, in das kein Wasser mehr fließt.